

L1 Auf die Inhalte kommt es an!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 20.10.2017
Tagesordnungspunkt: 3 Leitantrag und Aussprache

1 Wahlausgang

2 Bei der Bundestagswahl konnten wir unsere Wahlziele 6% + X sowie das zweite
3 Mandat nicht erreichen. Wir waren stark vom Bundestrend abhängig: Nur vier
4 Landesverbände konnten nennenswert zulegen, die meisten haben ihr Ergebnis
5 ungefähr gehalten, während Ostdeutschland insgesamt sogar verloren hat. Während
6 die anderen ostdeutschen Flächenländer bei den absoluten Zweitstimmen allesamt
7 auf der Stelle traten bzw. Thüringen sogar starke Verluste verzeichnete, konnten
8 wir unsere absolute Stimmenzahl um 15 Prozent auf knapp 75.000 steigern. Das
9 zeigt einerseits, dass wir als Landesverband in einem schwierigen Umfeld ein
10 relativ gutes Ergebnis erzielen konnten. Andererseits zeigt es angesichts von
11 fast 85.000 Stimmen bei der Bundestagswahl 2009, dass wir mehr erreichen können
12 und gerade bei den aktuell zu beobachtenden steigenden Wahlbeteiligungen auch
13 müssen.

14
15 Stark waren wir besonders da, wo wir aktiv vor Ort sind. Dort, wo wir keine
16 Ortsverbände haben oder keine aktiven Mitglieder wohnen, haben wir deutlich
17 schwächer abgeschnitten. Die Präsenz von Abgeordnetenbüros in der Fläche zeigt
18 in den entsprechenden Orten auch Wirkung. Wir benötigen weiterhin jede Stimme,
19 sowohl aus dem berlinnahen Raum - als auch aus den peripheren Regionen; sowohl
20 aus den Städten - als auch aus den ländlichen Gebieten. Wir wollen den
21 Parteaufbau fortsetzen, um vor Ort mit unseren Themen Präsenz zu zeigen und
22 Anlaufstellen und Ansprechpartner*innen zu bieten.

23
24 Darüber hinaus gilt es, das Potential, das Kleinstparteien aufgreifen, besser zu
25 erreichen. Insbesondere das starke Abschneiden der Tierschutzpartei sehen wir
26 als Alarmsignal, dass wir unser starkes Profil in diesem Bereich auch in diesem
27 Milieu besser zu Geltung bringen müssen. In den Regionen der
28 Lärmschutzbetroffenen rund um den BER haben wir bei der Bundestagswahl relativ
29 schwach abgeschnitten. Hier hat uns die unglückliche Kommunikation des Berliner
30 Senats rund um den Volksentscheid für die Offenhaltung des Flughafens Tegel
31 geschadet. Wir müssen weiterhin deutlich machen, dass wir mit der Begrenzung des
32 Flugverkehrs insgesamt eine gemeinsame Handlungsgrundlage mit den
33 Lärmbetroffenen und deren Initiativen haben. Hier gilt es, die Brandenburger
34 Interessen auch gegenüber Berlin deutlich zu machen.

35
36 Für die politische Landschaft war das Ergebnis der Bundestagswahl ein heftiger
37 Einschlag. Sowohl CDU und SPD als auch Linkspartei haben stark verloren, während
38 die AfD stark zugelegt hat. Da auch wir nur leicht zulegen konnten, haben alle
39 möglichen Regierungskonstellationen für Brandenburg in Summe verloren.
40 Allerdings unterscheiden die Wähler*innen in Brandenburg stark zwischen
41 Landtags- und Bundestagswahl, wie der Vergleich zwischen den Wahlen 2013 und
42 2014 zeigt. Die AfD-Ergebnisse sind alarmierend. Trotz positiver Entwicklungen
43 in ganz Brandenburg herrscht offenbar eine große Unzufriedenheit mit der

44 Politik. Der anhaltende Misserfolg der Gegenstrategien zeigt, dass es hier keine
45 einfachen Antworten gibt. Es gilt aber definitiv zwischen den Protagonisten der
46 AfD selbst und deren Wähler*innen und auch zwischen verschiedenen
47 Wähler*innengruppen zu unterscheiden. Die Protagonisten müssen wir für ihre
48 teils rassistische, nationalistische und auch neoliberale Politik möglichst
49 konkret angreifen und entlarven. Wir als Bündnisgrüne sehen uns selbst als
50 Gegenpol und werden auch so wahrgenommen. Die Wähler*innen der AfD direkt für
51 uns zu gewinnen, wird uns somit kaum gelingen. Wir können aber dort, wo wir die
52 Möglichkeiten dazu bekommen, eine Politik gestalten, die der zunehmenden
53 Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, in an der Gesellschaft Beteiligte
54 und sich ausgegrenzt Fühlende, in Veränderungsbefürworter*innen und deren
55 Gegner*innen, in Ost und West, in Stadt und Land uvm. entgegenwirkt.

56
57 Unsere Mitgliederzahlen steigen weiterhin leicht an und liegen inzwischen bei
58 1050 (Stand 15.10.2017). Das sind 50 mehr als noch vor einem Jahr. Wir gehören
59 zu den am stärksten wachsenden Landesverbänden. Es freut uns besonders, dass die
60 Grüne Jugend viele neue Mitglieder gewonnen hat, die sich auch im Wahlkampf und
61 in unserer Partei engagieren. Wir wollen weiter wachsen und uns im nächsten Jahr
62 wieder verstärkt auf den Parteaufbau konzentrieren. Es bleibt unser Ziel, den
63 Frauenanteil in unseren Reihen weiter zu erhöhen.

64 Regierungsbildung auf Bundesebene

65
66 Unsere Themenpalette Klima- & Energiepolitik, Landwirtschaft & Massentierhaltung,
67 Ausbau von Bus und Bahn, die sozialen Themen und unser Einsatz für ein
68 demokratisches und weltoffenes Brandenburg haben uns im Bundestagswahlkampf
69 getragen. Durch jahrelange hartnäckige Arbeit konnten wir Brandenburger Themen
70 wie den Kohleausstieg, Massentierhaltung und Kinderarmut fest in der
71 bundesweiten Programmatik verankern. Dies zeigt sich auch daran, dass sie in den
72 10-Punkte-Plan aufgenommen wurden. Dieser 10-Punkte-Plan ist die Grundlage für
73 Sondierungsgespräche und eventuelle Koalitionsverhandlungen. Diese Verhandlungen
74 begleiten wir von Anfang an konstruktiv-kritisch. Es ist klar, dass die
75 Voraussetzungen für eine Jamaika-Koalition nur dann gegeben sind, wenn es uns
76 gelingen wird, relevante bündnisgrüne Maßnahmen im ökologischen und sozialen
77 Bereich im Koalitionsvertrag genauso zu verankern wie Maßnahmen für eine
78 weltoffene Gesellschaft und menschenrechtsbasierte Migrationspolitik. Darüber
79 hinaus gilt es die Brandenburger und ostdeutschen Belange, die nicht Teil des
80 10-Punkte-Plans sind, in die Verhandlungen einzubringen. Darunter fallen Punkte,
81 die nur den Osten mit seiner DDR-Vergangenheit betreffen und Punkte, die
82 bundesweit wichtig sind, Ostdeutschland aber besonders betreffen.

83
84 Wir Brandenburger Bündnisgrüne wollen gemeinsam mit den anderen ostdeutschen
85 Landesverbänden dafür kämpfen, dass die nächste Bundesregierung die deutsche
86 Einheit knapp dreißig Jahre nach der friedlichen Revolution vollendet, in dem
87 sie endlich mit unterschiedlichen Maßstäben und Rechtssystemen in Ost und West
88 Schluss macht. Wir fordern eine finale Zusammenführung der Rentensysteme in Ost
89 und West noch innerhalb der nächsten Legislaturperiode. Darüber hinaus gilt es
90 sich den Härtefällen zu widmen, die dadurch entstanden sind, dass sich etliche
91 Regelungen aus dem DDR-Rentensystem nicht ohne weiteres in bundesdeutsches Recht
92 überführen ließen, z.B. den in der DDR geschiedenen Frauen. Die
93 Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) wollen wir auflösen und die
94 verbliebenen Flächen entweder in Stiftungen oder in Eigentum der Länder

95 überführen sowie die Praxis des Verkaufs zum Höchstgebot beenden. Zudem muss das
96 DDR-Unrecht weiter aufgearbeitet werden. Wir kämpfen für den Fortbestand von
97 Außenstellen der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU), Stasi-Überprüfungen,
98 unbefristete Weitergeltung der Resozialisierungsgesetze, Härtefallregelungen
99 uvm.

100
101 Themen, die bundesweit gelten, aber für den Osten besondere Bedeutung haben,
102 resultieren v.a. aus demografischen Veränderungen und wirtschaftlichen Struktur-
103 und Finanzschwächen. Es muss Förderungen für strukturschwache Regionen gerade im
104 Innovationsbereich geben. Wenn wir den Kohleausstieg erfolgreich in die Wege
105 leiten, müssen die betroffenen Regionen unterstützt werden. In der Fläche muss
106 die Diskussion über eine Mindest-Daseinsversorgung z.B. beim ÖPNV, bei
107 Gesundheitsleistungen und Breitband geführt werden, damit Regionen nicht
108 abgehängt werden. Armut nehmen wir nicht hin. Deshalb sind uns
109 Kindergrundsicherung, Garantierente und die Unterstützung von Alleinerziehenden
110 besonders wichtig.

111 Sollten die Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen erfolgreich
112 verlaufen, müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Mitglieder, die dieser
113 Koalition grundsätzlich kritisch gegenüberstehen, auf diesem Weg mitgenommen
114 werden. Es muss deutlich werden, was wir Grüne in dieser Koalition an wichtigen
115 Verbesserungen erzielen können, welche Verschlechterungen wir abwehren können,
116 dass wir unsere Identität als ökologische, soziale und weltoffene Partei nicht
117 verlieren.

118 Unsere Themen

119 Mit unserer Themenpalette haben wir uns inzwischen ein eigenständiges
120 Brandenburger Profil erarbeitet und sind mehr als der Brandenburger Teil des
121 Bundesverbandes. Dieses Profil gilt es in den nächsten Jahren weiter zu schärfen
122 und auszubauen. In den folgenden Politikfeldern sehen wir unsere Schwerpunkte
123 für die nächste Zeit.

124 Ökologisches Brandenburg

125
126 Dank Braunkohleabbau und -verfeuerung stoßen wir in Brandenburg pro Kopf mehr
127 CO² aus, als in allen anderen Bundesländern. Unsere Spree ist in zunehmendem
128 Maße mit Sulfat und Eisenocker belastet und unsere Stromnetze sind mit
129 überschüssigem Strom verstopft. Sowohl die Menschen, die in der
130 Braunkohleindustrie arbeiten und gut verdienen, als auch die von Umsiedlung
131 Bedrohten haben keine Planungssicherheit. Die rote Landesregierung gaukelt
132 den Menschen vor, Braunkohle würde noch Jahrzehnte abgebaut werden; Klima und
133 Energieziele derselben Landesregierung widersprechen sich. Wir werden weiter
134 gegen neue Tagebaue und für eine aktive Strukturpolitik in der Lausitz, für eine
135 dezentrale, naturverträgliche und partizipative Energiewende sowie für
136 Energieeinsparung kämpfen.

137
138 Immer noch werden Megaställe und Riesenschlachthöfe in Brandenburg errichtet und
139 erweitert- und das Ganze mit Steuermillionen unterstützt. Statt artgerechter
140 Haltung sind kupierte Schweineschwänze und abgeschliffene Hühnerschnäbel Alltag,
141 wird in miserablem Haltungsbereitungen von Puten investiert und das ganze System
142 nur mit überhöhten Antibiotikabgaben in skandalösen Größenordnungen
143 aufrechterhalten. Die Folge: Tiere leiden, das Grundwasser ist auch in

144 Brandenburg an vielen Stellen nitratverseucht, Keime werden
145 antibiotikaresistent, Anwohner*innen stinkt's. Wir kämpfen für ein Ende der
146 Massentierhaltung, für gesundes Essen aus regionaler, bäuerlicher und möglichst
147 ökologischer Landwirtschaft ohne Gentechnik, Pestizide und Tierleid.

148

149 Menschen ohne Auto haben in Brandenburg oft ein Problem. Busse und Bahnen fahren
150 zu selten, zu schlecht getaktet und zu wenig abgestimmt. Querverbindungen
151 zwischen den auf Berlin abgestimmten Radialen fehlen meist völlig. Radfahrende
152 finden schlechte Wege, schlechte Abstellmöglichkeiten und wenig Kapazitäten zur
153 Mitnahme im ÖPNV vor. Wir kämpfen für einen Ausbau von Bus und Bahn. Dazu werden
154 wir unser grünes länderübergreifendes Schienen-Zielnetz von 2007 in enger
155 Abstimmung mit unseren Berliner Parteifreunden überarbeiten und weiter für den
156 Aufbau landesbedeutsamer Buslinien kämpfen. Die Praxis, dass die vom Bund
157 bereitgestellten Regionalisierungsmittel zum Teil zweckentfremdet werden, wollen
158 wir beenden. Wir kämpfen für bessere Rad-Infrastruktur zum Fahren, Abstellen und
159 Mitnehmen. Den Übergang zwischen verschiedenen Verkehrsträgern wollen wir durch
160 bessere Vernetzung, Radfahrmitnahme und Tarifverbünde, für ÖPNV, Leihräder und
161 Carsharing verbessern.

162

163 Mit Tegel verfügt die Region über einen innerstädtischen Flughafen, der heute so
164 kaum noch genehmigt würde. Doch auch der BER wurde am falschen Standort geplant.
165 Viele Menschen sind vom Lärm betroffen, der immense Gesundheits- oder besser
166 gesagt Krankheitskosten verursacht. In Solidarität zu allen Lärmgeplagten wollen
167 wir Tegel schließen. Den BER wollen wir in ein ostdeutsches Flughafenkonzept
168 integrieren, um die Lasten sinnvoll zu verteilen. Der BER selbst benötigt eine
169 Beschränkung auf zwei Bahnen und 360.000 Flugbewegungen, ein Nachtflugverbot von
170 22 bis 6 Uhr und kostendeckende Gebühren. Die Lärmbetroffenen benötigen konkrete
171 Lärmschutzmaßnahmen und bis dahin eine Lärmrente, statt einer 30 Prozent-
172 Entschädigung für die Grundstückseigentümer*innen.

173 Solidarisches Brandenburg

174 Sorgen um die Zukunft treiben viele Menschen in Brandenburg um. Die Schere
175 zwischen Arm und Reich klappt immer weiter auseinander, besonders Kinder und
176 ältere Menschen sind von Armut bedroht. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt
177 stärken, Armut bekämpfen und für mehr Chancengerechtigkeit sorgen.

178 Aktuell droht in Brandenburg ein akuter Hebammenmangel. Geburtsstationen sind
179 unterbesetzt und Familien finden keine Hebamme für die Zeit vor und nach der
180 Geburt. Wir setzen uns für mehr Ausbildungsplätze, eine bessere Bezahlung und
181 eine 1:1 Betreuung in wesentlichen Phasen der Geburt ein. Jedes Kind hat das
182 Recht auf einen guten Start ins Leben.

183 Brandenburg belegt bei den Ausgaben für Kitas im Ländervergleich nach wie vor
184 einen Schlussplatz und die Erzieherinnen und Erzieher haben viel zu wenig Zeit
185 für jedes einzelne Kind. Das wollen wir ändern. Wir wollen deutlich mehr Geld in
186 die Kitas investieren, die Betreuungsschlüssel weiter verbessern, in die
187 Beitragsfreiheit einsteigen und den Erzieher*innenberuf aufwerten. In den
188 Schulen fehlen Lehrkräfte, viel zu viel Unterricht fällt aus oder wird unter
189 ungünstigen Bedingungen vertreten, die Ergebnisse von Vergleichstests sind oft
190 ernüchternd und noch immer verlassen viele Jugendliche die Schule ohne
191 Abschluss. Wir setzen uns für guten Unterricht, mehr Lehrkräfte, bessere
192 Qualifikation von Seiteneinsteiger*innen und die Weiterentwicklung des Projektes

193 "Gemeinsames Lernen" ein. Denn gute Bildung, Erziehung und Betreuung für jedes
194 Kind sind der Schlüssel für mehr soziale Gerechtigkeit in der Zukunft.

195 Steigende Mieten und immer knapper werdender bezahlbarer Wohnraum belasten nicht
196 nur Potsdam und die Gemeinden in den Ballungsräumen rund um Berlin. Insbesondere
197 für Familien und Menschen mit geringen Einkommen, Studierende, Behinderte oder
198 Geflüchtete wird es immer schwieriger, Wohnungen zu finden. Deshalb wollen wir
199 den sozialen Wohnungsbau effektiver fördern und Bauprojekte und Genossenschaften
200 unterstützen, zum Beispiel bei der Vergabe von Baugrundstücken nach Konzept.

201 In Zeiten, in denen einige wieder ein rückwärtsgewandtes Frauen- und
202 Familienbild propagieren, stehen Frauen bei uns in der ersten Reihe. Wir
203 streiten konsequent für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für die
204 gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

205 Die Zahl älterer Menschen wächst, gute Wohn- und Pflegeangebote sind überall in
206 Brandenburg nötig. Damit Menschen auch im Alter gut leben können, setzen wir uns
207 für gute Pflege vor Ort, den Ausbau ambulanter Wohn- und Pflegeformen, die
208 Aufwertung des Pflegeberufs und bessere Bedingungen für das Pflegepersonal ein.

209 Weltoffenes, demokratisches und freiheitliches Brandenburg

210 Brandenburg muss weltoffen bleiben. Slawen, Deutsche, Hugenotten, Schweizer,
211 Flamen und viele mehr haben durch Zuwanderung zur Brandenburger Mischung
212 beigetragen. In neuerer Zeit kommen Flüchtlinge aus Afrika, Afghanistan und dem
213 Nahen Osten dazu. Integration von Zugewanderten ist nicht einfach, bringt
214 Herausforderungen mit sich und gelingt nicht von heute auf morgen. Wir wollen
215 die Herausforderungen angehen, statt sie nur zu problematisieren.
216 Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Homophobie,
217 Frauendiskriminierung oder Ausgrenzung von Behinderten treten wir entschieden
218 entgegen. Die durch die EU-Osterweiterung erreichte mittige Lage in der EU
219 wollen wir für Brandenburg nutzen und die Grenze zu Polen durchlässiger machen,
220 insbesondere durch den Ausbau von Polnischunterricht, einen
221 grenzüberschreitenden ÖPNV und den Ausbau des Wirtschaftsaustausches.

222 Wir leben in politischen Zeiten, in den wieder mehr über Politik gestritten
223 wird, in denen die Wahlbeteiligung steigt und das Interesse insgesamt hoch ist.
224 Bei der Weiterentwicklung der Demokratie ist in Brandenburg seit der
225 Ampelkoalition nach der Landesneugründung nicht viel passiert. Bei der
226 Mitbestimmung gehört unser Bundesland im Bundesvergleich zu den Schlusslichtern.
227 Wir wollen mehr Mitbestimmung sowie eine Politik des Gehörtwerdens etablieren.

228 Durch ein Transparenzgesetz, Online-Beteiligungsverfahren und eine zielstrebige
229 Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen wollen wir den Staat näher an
230 Bürgerinnen heranrücken. Der Ausbau von Breitbandanschlüssen und Mobilfunk muss
231 für politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe endlich
232 systematisch angegangen werden. Dem Marktversagen in diesem Bereich wollen wir
233 mit der Verlegung von Glasfaser in jedem Dorf entgegenreten, am besten in einem
234 System öffentlicher Einrichtungen ähnlich der Stadtwerke.

235 Bündnis 90/Die Grünen verstehen sich auch in Brandenburg als DIE Partei der
236 Grund- und Bürgerrechte. Vorschläge zur Sicherheitsdebatte prüfen wir nach drei
237 Kriterien sorgfältig: Rechtsstaatlichkeit, Verhältnismäßigkeit, Wirksamkeit.
238 Dabei setzen wir auf Prävention und gezielte Maßnahmen gegen Verdächtige, statt
239 auf anlasslose Überwachung aller. Zudem investieren wir lieber in die Menschen,

240 die in unseren Sicherheitsapparaten arbeiten, statt in technische Lösungen.
241
242 Trotz bestehender Zufriedenheit in den ländlichen Räumen, bereitet die
243 Entwicklung gerade in kleinen Gemeinden und Dörfern Sorge. Die Menschen dort
244 fühlen sich abgehängt und sie sind es auch. Durch Gebietsreformen haben sie ihre
245 Selbstbestimmung verloren, sind oft schlecht an den öffentlichen Verkehr
246 angebunden, verfügen kaum über soziale, gesundheitliche und kulturelle
247 Infrastruktur. Nur 16 Prozent der Menschen dort haben das Gefühl, ihre örtlichen
248 Interessen werden von der Landes- oder Kommunalpolitik wahrgenommen und
249 vertreten. Deshalb streiten wir für mehr Selbstbestimmung von Dörfern und
250 Ortsteilen, bspw. durch Ortsteilbudgets oder mehr Rechte für Ortsbeiräte.
251 Gleichzeitig wollen wir die Diskussion über eine Mindest-Daseinsvorsorge, u.a.
252 in den Bereichen ÖPNV, Gesundheit, Bildung und Internet, anstoßen.